



<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>		Vorlage Nr.:	<b>2016/0486</b>	
SPD-Gemeinderatsfraktion		Verantwortlich:	<b>Dez. 3</b>	
vom: 11.08.2016				
<b>Möglichkeiten und Chancen eines allparteilichen Konfliktmanagements im öffentlichen Raum nach dem Münchener und Wiener Modell</b>				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>20.09.2016</b>	<b>29</b>	<b>x</b>	

**Kurzfassung**

Die Möglichkeiten und Chancen eines so genannten allparteilichen Konfliktmanagements im öffentlichen Raum nach dem Vorbild des Modells der Landeshauptstadt München und eines in Freiburg diskutierten Modells werden für Karlsruhe aufgrund der Bedarfs- und Problemlage eher gering eingeschätzt. München und Freiburg verfügen im Gegensatz zu Karlsruhe nicht über einen Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) und begegnen deshalb entsprechenden Problemstellungen durch unterschiedliche Nutzungsanforderungen im öffentlichen Raum in vorwiegend spezieller (mediativer) Ausrichtung.

Die Problemlage in der Landeshauptstadt München mit rund 1,5 Mio. Einwohnern und den zahlreichen durch Feiernde genutzten öffentlichen Plätzen ist mit Karlsruher Verhältnissen nicht vergleichbar.

Die Aufgaben und Funktionen des KOD, ergänzt durch das sozialarbeiterische Potential des Streetworks und weiterer Organisationen reichen aus, Konfliktsituationen angemessen und vermittelnd zu begegnen. Angesichts der in Karlsruhe gegenüber München eher rudimentär wahrzunehmenden Problemsituation wird von der Schaffung zusätzlicher institutionalisierter Funktionen abgeraten. Die Möglichkeiten der fachübergreifenden konzeptionellen Arbeit innerhalb der Verwaltung ist gegenwärtig und zukünftig gewährleistet.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages (bitte ankreuzen)		<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt			Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Haushaltsmittel stehen Wählen Sie ein Element aus.						
Kontierungsobjekt: Wählen Sie ein Element aus.				Kontenart:		
Ergänzende Erläuterungen:						
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld: Wählen Sie ein Element aus.
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Die Möglichkeiten und Chancen eines so genannten allparteilichen Konfliktmanagements im öffentlichen Raum, bezogen auf die Stadt Karlsruhe, können nur am Beispiel der Landeshauptstadt München beurteilt werden. In Freiburg wird ein Modell diskutiert, das dem Münchner Vorbild ähnelt. Allerdings liegt der entscheidende Unterschied zu Karlsruhe darin, dass weder in München noch Freiburg ein kommunalen Ordnungsdienst (KOD) eingerichtet ist.

In München besteht das Konzept „Allparteiliche Konfliktmanagement in München“ (AKIM) seit 2015 und basiert auf einem Beschluss des Stadtrats vom 19.02.2014. Mit diesem Beschluss wurde die Schaffung von vier Vollzeit- und einer Teilzeitstelle in die Wege geleitet. Daneben besteht eine Stabstelle für Konfliktmanagement im Gemeinwesen mit einer hauptamtlichen Teilzeitstelle und rund 30 ehrenamtlich tätigen Mediatoren bzw. Mediatorinnen.

Die Problemlage in der Landeshauptstadt München mit rund 1,5 Mio. Einwohnern und den zahlreichen öffentlichen Plätzen, wie z. B. dem sehr oft durch Feiernde genutzten Gärtnerplatz, den Plätzen an der Isar und an der so genannten Feierbanane haben eine mit Karlsruhe nicht vergleichbare Dimension erreicht. Feiermeilen mit Konfliktpotenzial wegen unterschiedlicher Nutzerwünsche, wie sie in anderen Großstädten anzutreffen sind, können in Karlsruhe wohl eher nur sporadisch identifiziert werden (z. B. anlässlich der Fußballweltmeisterschaft).

In Freiburg ist die Diskussion um ein entsprechendes Modell nach Münchner Vorbild nach Revidierung eines Gemeinderatsbeschlusses zur Einführung eines Kommunalen Ordnungsdienstes im Jahr 2014 noch nicht abgeschlossen.

Die durch die unterschiedlichen Nutzungsbedürfnisse bedingten möglichen Konflikte, die sich in Beschwerden der Wohnbevölkerung, der Geschäftswelt und der Besucherinnen und Besucher der Innenstadt niederschlagen, bestimmen den Einsatz und die Arbeit des KOD in Karlsruhe in besonderer Weise. Der KOD sorgt durch seine Präsenz auf den Straßen und Plätzen in der Stadt grundsätzlich und in erster Linie für die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und fungiert daneben auch als Ansprechpartner für Beschwerden aus der Bevölkerung bei auftretenden Nutzungskonflikten.

Die Funktionen des KOD werden ergänzt durch das sozialarbeiterische Engagement des so genannten Streetworks unter der Regie der Sozial- und Jugendbehörde. So nimmt die Facheinheit der Jugendsozialarbeit des Jugendamtes Karlsruhe im Rahmen ihres klientenbezogenen Auftrages auch Beschwerden aus der Bevölkerung wahr, um direkt im Beratungskontext auf die entsprechenden Personenkreise im Konfliktfall Einfluss zu nehmen.

Am Beispiel des im vorliegenden Antrag angeführten Werderplatzes sei aufgeführt, dass durch die mit entsprechenden Zuschüssen hinterlegte Delegation des Streetworks auf das Diakonische Werk schon seit vielen Jahren der Fokus stadtseits nicht nur auf die Klienten sondern auch auf das Zusammenleben im Quartier liegt. Durch die vom Diakonischen Werk sichergestellte Präsenz, gestützt auf die Zusammenarbeit mit dem KOD, der Vollzugspolizei und weiterer Institutionen und Organisationen, ist eine Situation geschaffen, deren Optimierung für die dortige Wohnbevölkerung nur noch durch eingreifende Aktionen mit „Vertreibungscharakter“ möglich erscheint.

Weitere kongruente Felder der Zusammenarbeit zwischen dem KOD des Ordnungs- und Bürgeramts, der Jugendsozialarbeit der Sozial- und Jugendbehörde und der Einrichtungen des Stadtjugendausschusses e. V. sind beispielsweise im Bereich des Nußbaumwegs und der Nottingham-Anlage zu finden. Im letzteren Bereich kooperieren das Jugendcafé „Westside Paradise“ des Stadtjugendausschusses e. V. und der KOD in der täglichen Arbeit im Quartier.

Das Ausmaß und die Intensität der Zusammenarbeit der mit Ordnungsaufgaben befassten Organisationseinheiten mit der Jugendsozialarbeit, ggf. der Jugendschutzteams der Jugend- und Drogenberatungsstelle, der Diakonie und allen weiteren Fachbereichen der auf Straßen und Plätzen tätigen jugendpflegerischen Institutionen und auch dem Stadtjugendausschuss e. V. ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht formal im Sinne eines mediativen Konfliktmanagements beschrieben und institutionalisiert.

Nach Ansicht der Verwaltung ist es in Karlsruhe nicht erforderlich, mittels einer solchen Heraushebung mit eigenständiger Marke oder Etikett die Interessen einzelner Nutzergruppen im öffentlichen Raum auszugleichen. Die derzeit vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen reichen hierfür aus, da die Aktivitäten und Belange von Nutzergruppen, insbesondere der Feiernden auf Plätzen und Straßen in Karlsruhe keinesfalls mit den Gegebenheiten in der Landeshauptstadt München verglichen werden können.

Die Verwaltung sieht daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Handlungsbedarf für die Einrichtung eines mediativ arbeitenden allparteilichen Konfliktmanagements nach dem Münchner Vorbild. Sofern künftig verstärktes Konfliktpotential spürbar wird, kann in einem Verbund der in diesem Feld tätigen Ämter und Institutionen ggf. ein „Runder Tisch“ initiiert werden, um konkrete Problemlagen und deren Eskalationsgrad zu identifizieren und fachübergreifend Lösungen zu erarbeiten.

Parallel werden jedoch von der Verwaltung weiterhin Überlegungen angestellt, in wie weit Lösungsentwürfe, Konzepte und Strategien mit deeskalierender Leitlinie anderer Kommunen auf Karlsruhe übertragbar gemacht werden können.

So erscheint z. B. das Konzept aus Zürich einer vertieften Betrachtung wert, welches im Ordnungs- und Bürgeramt bereits bei Gründung des KOD in die Überlegungen zur künftigen Aufgabenstrukturierung mit eingeflossen ist. Das Prinzip „Sicherheit Intervention Prävention“ (sip züri) setzt für die mobilen Einsatztruppen auf Straßen, in Parks und auf Plätzen auf Appellieren und Unterstützen statt Befehlen und präferiert die kommunikative und psychologische Ebene durch Vertrauensbildung und Vermittlung. Diese von Rücksicht und Toleranz getragenen Maximen könnten durchaus das Gedankengut und die Idee des allparteilichen Konfliktmanagements in der täglichen Arbeit fördern, ohne hierfür mittels zusätzlicher Ressourcen eine weitere Ausdehnung des Verwaltungsapparates auszulösen.

Angesichts der in Karlsruhe gegenüber München eher rudimentär wahrzunehmenden Problemsituation wird auch mit Blick auf die derzeitigen Bemühungen um die Haushaltsstabilisierung von der Schaffung zusätzlicher institutionalisierter Funktionen abgeraten.